

March 31, 1993

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with
Egyptian President Hosny Mubarak in Bonn on 30
March 1993, 15.30-17.20 hours**

Citation:

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with Egyptian President Hosny Mubarak in Bonn on 30 March 1993, 15.30-17.20 hours", March 31, 1993, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59731, 225-234. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger. <https://digitalarchive.umd.edu/document/300207>

Summary:

Kohl and Mubarak discuss the recent bomb attack in Cairo and the question of the assassins. Upon Kohl's question, Mubarak rejects the idea that Libya and Gaddafi could be behind it. Rather, Mubarak suggests the changes in Gaddafi's position and the latter's concern about fundamentalist terror in Libya. Mubarak thinks Iran was behind the terror attack in Cairo.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Transcript - German
Translation - English

219

Vfg.:

Mubarak/vA

Bonn, den 31. März 1993

224

Abteilungsleiter 2

214 - 301 05 A10-Ag7

MDg Dr. Kaestner, 2210

Über

Herrn Chef des Bundeskanzleramtes *ab 1.4. vA*

Herrn Bundeskanzler

Betr.: Ihr Gespräch mit dem ägyptischen Staatspräsidenten

Hosny Mubarak

Bonn, 30. März 1993, 15.30 - 17.20 Uhr

Anlage: - 1 -

Hiermit lege ich mit der Bitte um **Genehmigung** einen Vermerk über das o. a. Gespräch vor.

Zugleich erbitte ich Ihre **Zustimmung**, daß Bundesminister Dr. Kinkel Doppel des Vermerks zur persönlichen Unterrichtung erhält.

[Handwritten signature]

(Dr. Hartmann)

AA + 214

Re 214 *[Handwritten mark]*

*Felt (Rücklauf +
Verhandl. d. Body)*
Ag 19.4 *[Handwritten mark]*

Vfg.:

GL 21

Mubarak-BK
Bonn, den 31. März 1993

120
225

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem ägyptischen
Staatspräsidenten Hosny Mubarak
Bonn, den 30. März 1993, 15.30 - 17.20 Uhr

Nach sehr freundschaftlicher Begrüßung erkundigt sich der Bundeskanzler
nach der **Lage in Ägypten**.

Der Präsident erwidert, was man derzeit in der Presse lese und im Fern-
sehen sehe, sei übertrieben.

Im Kern gehe es darum, daß sogenannte "Fundamentalisten", die in
Afghanistan gekämpft hätten, jetzt arbeitslos seien. Jetzt übernehme der
Iran sie als Söldner und schicke sie in verschiedene Länder, um diese zu
destabilisieren.

Was den Umfang der Vorkommnisse angehe, so würden sie von der englischen
und auch deutschen Presse dramatisiert. Auch die amerikanische Behaup-
tung, man könne in Ägypten nicht mehr sicher über die Straße gehen, sei
wahrhaft übertrieben. Offenbar - und Journalisten hätten ihm dies sogar
zugegeben - rücke man die ägyptischen Vorkommnisse nur deshalb in den
Vordergrund, weil man dies vom bisher friedlichen Ägypten nicht gewohnt
sei. Gäbe es in seinem Lande nicht Presse- und Informationsfreiheit, so
würde man wahrscheinlich darüber gar nichts hören (Exkurs: Brutale
Bekämpfung des Fundamentalismus in Syrien). Aber Ägypten sei keinen
Insel, nicht isoliert von der Welt.

Die Frage des Bundeskanzlers, ob **Gadafi** hinter den Anschlägen stecke,
verneint der Präsident entschieden. Gadafi beklage sich im Gegenteil
selbst über die Fundamentalisten, weil sie auch gegen sein Regime
arbeiteten. Er habe bereits einige Leute verhaften lassen. Im übrigen sei
Gadafi ein anderer Mensch geworden.

...

Der Bundeskanzler wirft ein, der Präsident habe ihm wohl die Hand aufgelegt.

Der Präsident erwidert lachend, nein, er habe ihn am Hals gepackt. Jetzt höre Gadafi hundertprozentig auf ihn. Er beschimpfe kein Staatsoberhaupt mehr, weder in USA, noch in Europa, noch in der arabischen Welt, und sei im übrigen sehr besorgt über die Umtriebe in Ägypten, bekomme selbst kalte Füße.

Auf Fragen des Bundeskanzlers bestätigt der Präsident, daß auch **Syrien** mit diesen Anschlägen nichts zu tun habe. Hauptursache sei hingegen der **Iran**: Dieser nutze die durch die wirtschaftliche Umstrukturierung in Ägypten entstandene Schwächeperiode - soziale Nachteile für weite Bevölkerungsschichten, Wegfall der Subventionen, Verlust von Arbeitsplätzen usw. -, um Ägypten zu destabilisieren und um einen islamischen Staat zu errichten - und zwar nicht nur in Ägypten, sondern in der Region insgesamt. Ägypten jedoch müsse diese Übergangsschwierigkeiten hinnehmen, weil es mittel- und langfristig keinen anderen Weg zur wirtschaftlichen Gesundung gebe (Exkurs: Hohe Investitionen in Infrastruktur, Abkommen mit IWF und anderen IFIs).

Er selbst - so der Präsident - erkläre seiner Bevölkerung die Lage plastisch: "Wir sind krank, wir werden sterben, wenn wir diese bittere Medizin nicht einnehmen ...".

Der Bundeskanzler fragt nach der Lage im **Irak**. Gebe es auch dort Fundamentalismus?

Der Präsident hält die Lage für sehr schlecht - allerdings gebe es keinen Fundamentalismus, denn wer aufmucke, verliere das Leben.

Dies aber bedeute nicht, daß Irak nicht ebenfalls den Fundamentalismus von außen in anderen Ländern zu beeinflussen suche. So habe Ägypten einen Mann an die USA ausgeliefert, der wahrscheinlich an dem **Strengstoffanschlag gegen das World Trade Center** beteiligt gewesen sei: Dieser habe zugegeben, daß zwei Iraker beteiligt gewesen seien. Sprengstoffexperten, die die gewaltige Sprengladung beschafft und zur Explosion gebracht hätten.

Der Präsident unterstreicht an diesem Beispiel, daß die Attentate auch in Ägypten von gekauften Leuten ausgeübt werden - Kriminelle, Diebe, Flüchtlinge vor der Justiz und eben "Arbeitslose" aus Afghanistan. Sie seien bereit, für 20 - 30 US-Dollar einen Mordanschlag zu unternehmen. Von religiösen Motiven könne keine Rede sein. In den letzten 15 Monaten habe es 76 Tote gegeben, davon 3 Touristen und 29 Polizeibeamte. Die hohe Zahl der Opfer der Polizei erkläre sich daraus, daß diese zunächst versucht habe, die Probleme durch Dialog mit den islamischen Kreisen beizulegen. Nun versuche man, durch gezielte Maßnahmen die Köpfe dieser terroristischen Gruppe zu fassen.

Der Bundeskanzler fragt, wer im Iran dieses Spiel betreibe - Rafsandjani?

Der Präsident betont, das ganze System stecke dahinter. So habe er beispielsweise im vergangenen Jahr mit AM Velayati vereinbart, daß Ägypten und Iran wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen und Botschaften austauschen. Als die fundamentalistischen Führer im Iran dies erfahren hätten, hätten sie sofort Druck auf Velayati ausgeübt, der dann versucht habe, die ganze Sache auf "kulturelle Beziehungen" zurückzuschrauben - ein Ansinnen, das er - der Präsident - abgelehnt habe.

Auf Fragen des Bundeskanzlers erläutert der Präsident sodann die Lage in **Saudi-Arabien**, wo er kürzlich mit König Fahd Gespräche geführt habe.

Das Land habe gewisse Schwierigkeiten, aber ein strenges Regime. Auch dort gebe es Fundamentalisten, aber man halte sie an der Kandare. Schwierigkeiten würden seitens des Irak und des Iran gemacht, vor allem vom letzteren, aber der König halte die Dinge fest in der Hand. Er sei die führende Kraft, die oberste Autorität im Lande. Ägypten arbeite mit Saudi-Arabien eng zusammen, insbesondere informiere man über nachrichtendienstliche Erkenntnisse.

In **Jordanien** gebe es ein großes fundamentalistisches Problem - so sei die Hälfte der Parlamentsabgeordneten fundamentalistisch. Allerdings sei es ein kleines familiäres Land mit 2,5 bis 3 Mio. Einwohnern. Man kenne sich gegenseitig und wisse, daß, wenn der König verlorengelange, man von Israel geschluckt würde.

Auch unter den **Palästinensern** greife der Fundamentalismus um sich, insbesondere in Gestalt der Hisbollah und der Hamas, die durch die **Deportationsaffaire** großen Auftrieb bekommen habe. Die Deportierten würden von Iran gesteuert und bezahlt, hätten sogar auch die iranische Flagge gehißt. Sie seien gegen die Friedensgespräche und forderten die Rückkehr von ganz Jerusalem.

Der Bundeskanzler bittet um eine Einschätzung der künftigen Entwicklung, insbesondere im Blick auf die **Nahost-Friedensgespräche**.

Der Präsident bezeichnet als Hauptproblem, die palästinensische Delegation wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Sie habe physische Angst, weil sie bedroht werde. Tatsächlich werde man erst weitermachen können, wenn die Deportierten weg seien.

Er - der Präsident - habe gestern und vorgestern mit Arafat vereinbart, daß er auf seiner jetzigen Reise in die USA darauf drängen werde, daß die Lage für die Palästinenser etwas verbessert werde. Nach seiner Rückkehr aus USA werde er auch mit MP Rabin erörtern, wie das Problem der Deportierten gelöst werden könne. Israel habe bereits zugesagt, 100 Deportierte zurück zu lassen, zusätzlich wolle er - Mubarak - noch die Freilassung von 35 weiteren erreichen, sowie des Restes nicht Ende des Jahres, sondern bereits im August. Wenn dies erreicht werden könnte, würden die Palästinenser an den Verhandlungstisch nach Washington zurückkehren. Er sei jedenfalls voller Hoffnung, daß man die Frage in den Griff bekomme und die Friedensgespräche am 20. April wieder aufnehmen könne.

Der Präsident unterstreicht, er habe diese Lösung in der vergangenen Woche auch mit Assad besprochen, der mehr oder weniger einverstanden sei.

Der Bundeskanzler berichtet, auch er habe AM Peres gesagt, die Deportationsangelegenheit sei ein absurder Vorgang und habe Israel sehr geschadet.

Auf Frage des Bundeskanzlers, ob MP Rabin den "Sprung machen werde", antwortet der Präsident, auch dessen Lage sei nicht einfach, auch habe Gegner - der Bundeskanzler wirft ein: Fundamentalisten! - und könne deshalb vieles nicht öffentlich sagen.

Der Bundeskanzler berichtet, AM Peres habe die Idee vorgebracht, gemeinsam mit den Ägyptern die Wüste zu urbanisieren - sei diese Idee auch schon an die Ägypter herangetragen? Ihn - den Bundeskanzler - erinnere die Idee an den vom früheren amerikanischen Außenminister Shultz ins Spiel gebrachten Gedanken eines Marshall-Plans für den Nahen Osten - interessant sei, daß Peres jetzt mit einer derartigen Anregung wiederkomme, wenn er auch das Wort Marshall-Plan nicht gebraucht hat. Seine Haltung sei damals wie heute dieselbe: Voraussetzung solcher Projekte müsse der Frieden sein.

Der Präsident hält die Idee für ausgezeichnet, aber in der Tat brauche man Frieden, damit es nicht nur bei einer phantastischen Idee bleibe. Ohne Frieden könnten auch Terroristen kommen und das ganze Vorhaben zerstören. Sei aber Friede geschaffen, würden mit Sicherheit alle Araber helfen, denn Geld gebe es in der Region genug.

Der Bundeskanzler unterstreicht, er habe AM Peres gesagt, wenn die jetzige israelische Regierung wieder keinen Schritt nach vorn tue - worauf wolle sie noch warten? Die Israelis glaubten offenbar immer noch, die Zeit arbeite für sie; er aber glaube, die Zeit arbeite gegen sie.

Der Präsident pflichtet bei. Ägypten habe große Überzeugungsarbeit geleistet, um die Friedensgespräche überhaupt in Gang zu bringen. Er habe lange Gespräche mit Assad und Arafat geführt. Man habe versucht, die Standpunkte auch in der Sache einander anzunähern - um so größer die Enttäuschung, daß durch diese Deportationen der ganze Prozeß wieder zurückgeworfen worden sei.

Insgesamt aber sei er guter Hoffnung, daß man noch in diesem Jahr zu konkreten Ergebnissen gelangen werde. Ägypten arbeite ohne Unterlaß in diese Richtung.

Als der Bundeskanzler Skepsis anmeldet, betont der Präsident, man dürfe nicht pessimistisch sein, sonst verliere man den Mut und unternehme nichts.

- 6 -

225
230

Im übrigen arbeite nicht nur die Zeit, sondern auch die öffentliche Meinung in der Welt gegen Israel. Er sage den Israelis klipp und klar: Ihr seid dabei zu verlieren. Jetzt ist der letzte Zug zum Frieden. Früher habe Israel geträumt, mit den Palästinensern, mit den Libanesen, mit den Syrern an einem Tisch zu sitzen - jetzt, wo dies möglich sei, sage man "nein".

Was die konkreten Ergebnisse angehe, so sei er - Mubarak - voller Hoffnung. Mit Syrien gebe es keine überdimensionalen Probleme: Die Golanhöhen würden zurückgegeben, aber demilitarisiert. Mit Jordanien gebe es praktisch kein Problem. Die Hauptarbeit müsse mit den Palästinensern geleistet werden.

Er werde - so der Präsident weiter - nunmehr über London nach Washington reisen und sich dort auch mit MP Major und Präsident Clinton abstimmen. Er sei insbesondere zuversichtlich, mit letzterem zur Verständigung zu kommen, aber der Hauptschlüssel sei in der Hand von MP Rabin (Exkurs: Ägyptische Gespräche mit amerikanisch-jüdischen Organisationen, um diese zu Einfluß auf Israel zu bewegen - darum hätten sogar die USA ihn gebeten).

Der Bundeskanzler erkundigt sich, ob es im Militär Fundamentalismus gebe.

Der Präsident verneint kategorisch, das Militär sei strikt dagegen, er selbst komme aus den Streitkräften und kenne jeden einzelnen.

Auf Fragen Bundeskanzlers zur **Lage im Maghreb** erläutert der Präsident, in **Algerien** gebe es die größten Probleme. Er habe den früheren Präsidenten Chadli Benjedid vor dem Fundamentalismus gewarnt. Nun sei, was er damals vorausgesagt habe, eingetreten. Aber der Fundamentalismus werde nicht obsiegen, sondern der Staat werde nach einiger Zeit die Oberhand behalten.

In **Marokko** gebe es auch Probleme, insbesondere auch verbreitete Ablehnung des Königs, der ein hartes, strenges Regime führe. Auf von Sudan beeinflusste fundamentalistische Aktivitäten habe der König jedoch richtig reagiert und versuche, diese einzudämmen. Das gleiche gelte im übrigen auch für **Tunesien**.

...

Der Präsident spricht sodann das bei seinem letzten Besuch im Oktober 1991 verabredete gemeinsame **Ausbildungsprojekt** an. Angesichts des großen Echos, das das Projekt seinerzeit in Ägypten gefunden habe, mache sich Enttäuschung breit, daß bisher nichts passiert sei. Jetzt wolle man es vorantreiben. Unter Leitung des Erziehungsministers sei ein Ausschuß gebildet worden, der auch den Privatsektor einbeziehe. Er sei zuversichtlich, daß dieser Ausschuß gute Arbeit leisten werde. Nun brauche man deutsche Experten, um die Arbeit zu organisieren.

Der Bundeskanzler erwidert, der Experte sei seiner Information nach bereits ausgesucht und werde bald kommen. Er selbst halte Unterstützung bei der Facharbeiterausbildung für das Beste, was man überhaupt machen könne - eine deutsche Spezialität.

(Der Bundeskanzler erteilt dem Unterzeichner den Auftrag, BM Spranger noch vor dessen Gespräch mit dem Präsidenten zu bitten, die Sache nunmehr positiv zu erledigen.)

Der Präsident spricht sodann das von seiner Frau ins Leben gerufene Projekt zur **Reform des Grund- und Mittelschulwesens** an. Auch hierzu erbittet er deutsche Experten.

Der Bundeskanzler regt an, daß der Präsident ihm hierzu unmittelbar schreibe - er werde dann dafür sorgen, daß dies gleich erledigt werde.

Problem vieler Länder sei, daß man zu viel Zeit und Geld in die akademische Ausbildung investiere, der Wohlstand aber hänge nicht primär von dieser, sondern von einer guten Grundausbildung ab - und außerdem werde nicht mit den Akademikern, sondern an der Basis soziale Stabilität geschaffen (Exkurs: Lob von Thatcher und Clinton für deutsches Berufsausbildungssystem, gute Erfahrungen deutscher Firmen in Indien).

Im übrigen rate er dem Präsidenten, die Berufsausbildung zu seinem persönlichen Thema zu machen - der Mann auf der Straße sehe dann, daß der Präsident sich um seine Anliegen kümmere.

Der Präsident äußert sodann die Bitte, in Ägypten noch eine weitere **deutsche Schule** zu eröffnen. Der Aufnahmedruck sei immens, viele gute Leute würden zurückgeschickt. Die USA unterhielten in Kairo eine Universität, um so mehr Grund, daß Deutschland noch eine Schule oder technische Schule in Kairo eröffne.

Der Bundeskanzler sagt zu, sich um diese Frage zu kümmern.

Der Präsident fragt nach den Ergebnissen des **Bundeskanzler-Besuchs in Washington** und nach der Bewertung der Ereignisse in Rußland.

Der Bundeskanzler berichtet, mit Präsident Clinton sei in der Tat eine andere, eine neue Administration eingezogen: Junge Leute, die die Dinge direkt angingen, viele mit universitärem Hintergrund, weniger Big Business, mehr Farbige im Weißen Haus.

Clinton spreche genau zum Punkt, habe wenig Papier vor sich und kenne seine Themen genau. Er sei exzellent vorbereitet und eindeutig der Boss; er sei Politiker, sehr direkt, sehr geschickt, könne mit Menschen umgehen. Er wolle die Amerikaner vom Yankee-Image wegbringen: nicht so imperialistisch auftreten, sondern Partnerschaft üben.

Es gebe - anders als in der Ära Bush - keinen Baker-Typ. Zweitwichtigster Mann - und zwar nicht nur in Umweltfragen - sei Vizepräsident Gore.

Kurzum: der Präsident werde gut mit Clinton zurechtkommen.

Derzeit sei der Präsident primär auf die Innenpolitik fixiert, auf Haushalt und Wirtschaftspolitik. Hierin habe er mit dem Kongreß bereits sehr gut zusammengearbeitet.

Was Europa angehe - so der Bundeskanzler weiter - sei Präsident Clinton weniger mißtrauisch. Die frühere Politiker-Generation habe zwar Europa zur Einigung aufgerufen, wenn man sich aber geeinigt habe, dann sei dies auch nicht recht gewesen.

Hinsichtlich **Europas** könne der Präsident - was immer er in den Zeitungen lese - davon ausgehen, daß der Europa-Zug fahre. **Maastricht** werde Ende dieses Jahres komplett sein. Er - der Bundeskanzler - glaube, daß Dänemark ratifizieren werde; wenn dies geschehe, dann werde - mit großen Schwierigkeiten - auch PM Major sich durchsetzen. Denn er wisse, daß der Zug Ende dieses Jahres weitergehe - wenn nicht zu Zwölft, dann zu Elft. Allerdings werde GB dann in vier bis fünf Jahren zurückkommen müssen.

Der Präsident wirft ein, GB werde in der Zwischenzeit viel verlieren.

Der Bundeskanzler pflichtet bei und verweist auf die anstehenden Beitritte, die bis 1995 vollzogen sein dürften und mit denen die Europäische Gemeinschaft dann 360 Mio. Menschen umfasse.

Auch deshalb - so der Bundeskanzler weiter - sei es wichtig, daß die Nahost-Region zum Frieden komme. Denn er wolle erreichen, diese Region mit Europa zu assoziieren - Israel und Ägypten müßten unbedingt dabei sein. Man müsse ein weit vorausschauendes Konzept haben. Er wolle keine "Festung Europa".

Der Präsident unterstreicht, dies sei für Ägypten ein ganz wichtiger Punkt.

Der Bundeskanzler fährt fort, hinsichtlich **Rußlands** könne er nicht sagen, wie es letztendlich ausgehe. Er glaube, daß Jelzin gewinne, weil er der einzige sei, der die Bevölkerung hinter sich habe. Er unterstütze ihn total - darüber sei er auch mit Präsident Clinton völlig einig. Denn wenn Jelzin scheitere, werde alles viel schlimmer, man falle in alte Zeiten zurück und müsse wieder rüsten. Zwischen Rußland und der Ukraine werde es großen Streit geben.

In den nächsten Wochen werde er versuchen, ein Hilfspaket zusammenzubringen. Dem bevorstehenden Treffen mit Clinton/Jelzin in Vancouver messe er größte Bedeutung bei (Exkurs: Gefahren durch in der früheren SU vagabundierende konventionelle und ABC-Waffen).

Was die **Lage in Deutschland** angehe, so sei er ganz zufrieden. Die Einheit sei viel schwieriger als ursprünglich angenommen, man habe wirtschaftliche Probleme - diese aber werde man lösen.

In West-Deutschland - der alten Bundesrepublik - habe man einen Wohlstand erreicht wie nie zuvor. Die Leute seien fett und bequem geworden - und er müsse ihnen jetzt sagen: Wir müssen die Weichen neu stellen!

Aber er sei überzeugt, daß man auch hier vorankomme (Exkurs: Japan-Reise - graue Zellen mehr nutzen).

Der Bundeskanzler kündigt dem Präsidenten die Übergabe eines Non-paper zum Fall **Kindesentführung Debes** an (das Papier wird dem Mitarbeiter des Präsidenten übergeben). Der Präsident wirft ein, sobald die gerichtliche Entscheidung getroffen sei, werde sie auch durchgeführt.

Abschließend stimmen der Bundeskanzler und der Präsident die Linie für die nachfolgende Begegnung mit der Presse ab.

(Dr. Kaestner)

GL 21
den 31. März 1993

Bonn,

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Hosny Mubarak Bonn, den 30. März 1993, 15.30 - 17.20 Uhr[\[1\]](#)

Nach sehr freundschaftlicher Begrüßung erkundigt sich der Bundeskanzler nach der Lage in Ägypten.

Der Präsident erwidert, was man derzeit in der Presse lese und im Fern-sehen sehe, sei übertrieben.

Im Kern gehe es darum, daß sogenannte "Fundamentalisten", die in Afghanistan gekämpft hätten, jetzt arbeitslos seien. Jetzt übernehme der Iran sie als Söldner und schicke sie in verschiedene Länder, um diese zu destabilisieren.

Was den Umfang der Vorkommnisse angehe, so würden sie von der englischen und auch deutschen Presse dramatisiert. Auch die amerikanische Behauptung, man könne in Ägypten nicht mehr sicher über die Straße gehen, sei wahrhaft übertrieben. Offenbar - und Journalisten hätten ihm dies sogar zugegeben - rücke man die ägyptischen Vorkommnisse nur deshalb in den Vordergrund, weil man dies vom bisher friedlichen Ägypten nicht gewohnt sei. Gäbe es in seinem Lande nicht Presse- und Informationsfreiheit, so würde man wahrscheinlich darüber gar nichts hören (Exkurs: Brutale Bekämpfung des Fundamentalismus in Syrien). Aber Ägypten sei keine Insel, nicht isoliert von der Welt.

Die Frage des Bundeskanzlers, ob Gadafi hinter den Anschlägen stecke, verneint der Präsident entschieden. Gadafi beklage sich im Gegenteil selbst über die Fundamentalisten, weil sie auch gegen sein Regime arbeiteten. Er habe bereits einige Leute verhaften lassen. Im übrigen sei Gadafi ein anderer Mensch geworden.

Der Bundeskanzler wirft ein, der Präsident habe ihm wohl die Hand aufgelegt.

Der Präsident erwidert lachend, nein, er habe ihn am Hals gepackt. Jetzt höre Gadafi hundertprozentig auf ihn. Er beschimpfe kein Staatsoberhaupt mehr, weder in USA, noch in Europa, noch in der arabischen Welt, und sei im übrigen sehr besorgt über die Umtriebe in Ägypten, bekomme selbst kalte Füße.

Auf Fragen des Bundeskanzlers bestätigt der Präsident, daß auch Syrien mit diesen Anschlägen nichts zu tun habe. Hauptursache sei hingegen der Iran: Dieser nutze die durch die wirtschaftliche Umstrukturierung in Ägypten entstandene Schwächeperiode - soziale Nachteile für weite Bevölkerungsschichten, Wegfall der Subventionen, Verlust von Arbeitsplätzen usw. -, um Ägypten zu destabilisieren und um einen islamischen Staat zu errichten - und zwar nicht nur in Ägypten, sondern in der Region ins-gesamt. Ägypten jedoch müsse diese Übergangsschwierigkeiten hinnehmen, weil es mittel- und langfristig keinen anderen Weg zur wirtschaftlichen Gesundung gebe (Exkurs: Hohe Investitionen in Infrastruktur, Abkommen mit IWF und anderen IFIs).

Er selbst - so der Präsident - erkläre seiner Bevölkerung die Lage plastisch: "Wir sind krank, wir werden sterben, wenn wir diese bittere Medizin nicht einnehmen ..."

Der Bundeskanzler fragt nach der Lage im Irak. Gebe es auch dort Fundamentalismus?

Der Präsident hält die Lage für sehr schlecht - allerdings gebe es keinen Fundamentalismus, denn wer aufmucke, verliere das Leben.

Dies aber bedeute nicht, daß Irak nicht ebenfalls den Fundamentalismus von außen in anderen Ländern zu beeinflussen suche. So habe Ägypten einen Mann an die USA ausgeliefert, der wahrscheinlich an dem Strengstoffanschlag gegen das World Trade Center beteiligt gewesen sei: Dieser habe zugegeben, daß zwei Iraker beteiligt gewesen seien. Sprengstoffexperten, die die gewaltige Sprengladung beschafft und zur Explosion gebracht hätten.

Der Präsident unterstreicht an diesem Beispiel, daß die Attentate auch in Ägypten von gekauften Leuten ausgeübt werden - Kriminelle, Diebe, Flüchtlinge vor der Justiz und eben "Arbeitslose" aus Afghanistan. Sie seien bereit, für 20 - 30 US-Dollar einen Mordanschlag zu unternehmen. Von religiösen Motiven könne keine Rede sein. In den

letzten 15 Monaten habe es 76 Tote gegeben, davon 3 Touristen und 29 Polizeibeamte. Die hohe Zahl der Opfer der Polizei erkläre sich daraus, daß diese zunächst versucht habe, die Probleme durch Dialog mit den islamischen Kreisen beizulegen. Nun versuche man, durch gezielte Maßnahmen die Köpfe dieser terroristischen Gruppe zu fassen.

Der Bundeskanzler fragt, wer im Iran dieses Spiel betreibe - Rafsandjani?

Der Präsident betont, das ganze System stecke dahinter. So habe er beispielsweise im vergangenen Jahr mit AM Velayati vereinbart, daß Ägypten und Iran wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen und Botschaften austauschen. Als die fundamentalistischen Führer im Iran dies erfahren hätten, hätten sie sofort Druck auf Velayati ausgeübt, der dann versucht habe, die ganze Sache auf "kulturelle Beziehungen" zurückzuschrauben - ein Ansinnen, das er - der Präsident - abgelehnt habe.

Auf Fragen des Bundeskanzlers erläutert der Präsident sodann die Lage in Saudi-Arabien, wo er kürzlich mit König Fand Gespräche geführt habe.

Das Land habe gewisse Schwierigkeiten, aber ein strenges Regime. Auch dort gebe es Fundamentalisten, aber man halte sie an der Kandare. Schwierigkeiten würden seitens des Irak und des Iran gemacht, vor allem vom letzteren, aber der König halte die Dinge fest in der Hand. Er sei die führende Kraft, die oberste Autorität im Lande. Ägypten arbeite mit Saudi-Arabien eng zusammen, insbesondere informiere man über nachrichten-dienstliche Erkenntnisse.

In Jordanien gebe es ein großes fundamentalistisches Problem - so sei die Hälfte der Parlamentsabgeordneten fundamentalistisch. Allerdings sei es ein kleines familiäres Land mit 2,5 bis 3 Mio. Einwohnern. Man kenne sich gegenseitig und wisse, daß, wenn der König verlorengelange, man von Israel geschluckt würde.

Auch unter den Palästinensern greife der Fundamentalismus um sich, ins-besondere in Gestalt der Hisbollah und der Hamas, die durch die Deportationsaffaire großen Auftrieb bekommen habe. Die Deportierten würden von Iran gesteuert und bezahlt, hätten sogar auch die iranische Flagge gehißt, Sie seien gegen die Friedensgespräche und forderten die Rückkehr von ganz Jerusalem.

Der Bundeskanzler bittet um eine Einschätzung der künftigen Entwicklung, insbesondere im Blick auf die Nahost-Friedensgespräche.

Der Präsident bezeichnet als Hauptproblem, die palästinensische Delegation wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Sie habe physische Angst, weil sie bedroht werde. Tatsächlich werde man erst weitermachen können, wenn die Deportierten weg seien.

Er - der Präsident - habe gestern und vorgestern mit Arafat vereinbart, daß er auf seiner jetzigen Reise in die USA darauf drängen werde, daß die Lage für die Palästinenser etwas verbessert werde. Nach seiner Rückkehr aus USA werde er auch mit MP Rabin erörtern, wie das Problem der Deportierten gelöst werden könne. Israel habe bereits zugesagt, 100 Deportierte zurück zu lassen, zusätzlich wolle er - Mubarak - noch die Freilassung von 35 weiteren erreichen, sowie des Restes nicht Ende des Jahres, sondern bereits im August. Wenn dies erreicht werden könnte, würden die Palästinenser an den Verhandlungstisch nach Washington zurückkehren. Er sei jedenfalls voller Hoffnung, daß man die Frage in den Griff bekomme und die Friedensgespräche am 20. April wieder aufnehmen könne.

Der Präsident unterstreicht, er habe diese Lösung in der vergangenen Woche auch mit Assad besprochen, der mehr oder weniger einverstanden sei.

Der Bundeskanzler berichtet, auch er habe AM Peres gesagt, die Deportationsangelegenheit sei ein absurder Vorgang und habe Israel sehr geschadet.

r r r, .2 L u

Auf Frage des Bundeskanzlers, ob MP Rabin den "Sprung machen werde", antwortet der Präsident, auch dessen Lage sei nicht einfach, auch habe Gegner - der Bundeskanzler wirft ein: Fundamentalisten! - und könne deshalb vieles nicht öffentlich sagen

Der Bundeskanzler berichtet, AM Peres habe die Idee vorgebracht, gemeinsam mit den Ägyptern die Wüste zu urbanisieren - sei diese Idee auch schon an die Ägypter

herangetragen? Ihn - den Bundeskanzler - erinnere die Idee an den vom früheren amerikanischen Außenminister Shultz ins Spiel o.ebrachten Gedanken eines Marshall-Plans für den Nahen Osten - inte-ressant sei, daß Peres jetzt mit einer derartigen Anregung wiederkomme, wenn er auch das Wort Marshall-Plan nicht gebraucht hat. Seine Haltung sei damals wie heute dieselbe: Voraussetzung solcher Projekte müsse der Frieden sein.

Der Präsident hält die Idee für ausgezeichnet, aber in der Tat brauche man Frieden, damit es nicht nur bei einer phantastischen Idee bleibe. Ohne Frieden könnten auch Terroristen kommen und das ganze Vorhaben zer-stören. Sei aber Friede geschaffen, würden mit Sicherheit alle Araber helfen, denn Geld gebe es in der Region genug.

Der Bundeskanzler unterstreicht, er habe AM Peres gesagt, wenn die jetzige israelische Regierung wieder keinen Schritt nach vorn tue - wo-rauf wolle sie noch warten? Die Israelis glaubten offenbar immer noch, die Zeit arbeite für sie; er aber glaube, die Zeit arbeite gegen sie.

Der Präsident pflichtet bei. Ägypten habe große überzeugungsarbeit geleistet, um die Friedensgespräche überhaupt in Gang zu bringen. Er habe lange Gespräche mit Assad und Arafat geführt. Man habe versucht, die Standpunkte auch in der Sache einander anzunähern - um so größer die Enttäuschung, daß durch diese Deportationen der ganze Prozeß wieder zurückgeworfen worden sei.

Insgesamt aber sei er guter Hoffnung, daß man noch in diesem Jahr zu konkreten Ergebnissen gelangen werde. Ägypten arbeite ohne Unterlaß in diese Richtung.

Als der Bundeskanzler Skepsis anmeldet, betont der Präsident, man dürfe nicht pessimistisch sein, sonst verliere man den Mut und unternehme nichts.

m übrigen arbeite nicht nur die Zeit, sondern auch die öffentliche Meinung in der Welt gegen Israel. Er sage den Israelis klipp und klar: Ihr seid dabei zu verlieren, jetzt ist der letzte Zug zum Frieden. Früher habe Israel geträumt, mit den Palästinensern, mit den Libanesen, mit den Syrern an einem Tisch zu sitzen - jetzt, wo dies möglich sei, sage man 'nein'.

Was die konkreten Ergebnisse angehe, so sei er - Mubarak - voller Hoff-nung. Mit Syrien gebe es keine überdimensionalen Probleme: Die Golanhöhen würden zurückgegeben, aber demilitarisiert. Mit Jordanien gebe es prak-tisch kein Problem. Die Hauptarbeit müsse mit den Palästinensern ge-leistet werden.

Er werde - so der Präsident weiter - nunmehr über London nach Washington reisen und sich dort auch mit MP Major und Präsident Clinton abstimmen. E- sei insbesondere zuversichtlich, mit letzterem zur Verständigung zu ,:--e-. aber der Hauptschlüssel sei in der Hand von MP Rabin (Exkurs: --fgyptische Gespräche mit amerikanisch-jüdischen Organisationen, um diese zu Einfluß auf Israel zu bewegen - darum hätten sogar die USA ihn gepeten).

Der Bundeskanzler erkundigt sich, ob es im Militär Fundamentalismus gebe.

-.r Präsident verneint kategorisch, das Militär sei strikt dagegen, er s&:z: aus den Streitkräften und kenne jeden einzelnen.

Auf Fragen Bundeskanzlers zur Lage im Maghreb erläutert der Präsident, in Algerien gebe es die größten Problere. Er habe den früheren Präsidenten Chadli Benjedid vor dem Fundamentalismus gewarnt. Nun sei, was er damals vorausgesagt habe, eingetreten. Aber der Fundamentalismus werde nicht obsiegen, sondern der Staat werde nach einiger Zeit die Oberhand behalten.

In Marokko gebe es auch Probleme, insbesondere auch verbreitete Ablehnung des Königs, der ein hartes, strenges Regime führe. Auf von Sudan beein-fluße fundamentalistische Aktivitäten habe der König jedoch richtig reagiert und versuche, diese einzudämmen. Das gleiche gelte im übrigen auch für Tunesien.

8

Der Präsident äußert sodann die Bitte, in Ägypten noch eine weitere deutsche Schule zu eröffnen. Der Aufnahmedruck sei immens, viele gute Leute würden zurückgeschickt. Die USA unterhielten in Kairo eine Univer-sität, um so mehr Grund, daß Deutschland noch eine Schule oder technische Schule in Kairo eröffne.

Der Bundeskanzler sagt zu, sich um diese Frage zu kümmern.

Der Präsident fragt nach den Ergebnissen des Bundeskanzler-Besuchs in Washington

und nach der Bewertung der Ereignisse in Rußland.

Der Bundeskanzler berichtet, mit Präsident Clinton sei in der Tat eine andere, eine neue Administration eingezogen: Junge Leute, die die Dinge direkt angingen, viele mit universitärem Hintergrund, weniger Big Business, mehr Farbige im Weißen Haus.

Clinton spreche genau zum Punkt, habe wenig Papier vor sich und kenne seine Themen genau. Er sei exzellent vorbereitet und eindeutig der Boss; er sei Politiker, sehr direkt, sehr geschickt, könne mit Menschen umgehen. Er wolle die Amerikaner vom Yankee-Image wegbringen: nicht so imperialistisch auftreten, sondern Partnerschaft üben.

Es gebe - anders als in der Ära Bush - keinen Baker-Typ. Zweitwichtigster Mann - und zwar nicht nur in Umweltfragen - sei Vizepräsident Gore.

Kurzum: der Präsident werde gut mit Clinton zurechtkommen.

Derzeit sei der Präsident primär auf die Innenpolitik fixiert, auf Haus-halt und Wirtschaftspolitik. Hierin habe er mit dem Kongreß bereits sehr gut zusammengearbeitet.

Was Europa angehe - so der Bundeskanzler weiter - sei Präsident Clinton weniger mißtrauisch. Die frühere Politiker-Generation habe zwar Europa zur Einigung aufgerufen, wenn man sich aber geeinigt habe, dann sei dies auch nicht recht gewesen.

9-

Hinsichtlich Europas könne der Präsident - was immer er in den Zeitungen lese - davon ausgehen, daß der Europa-Zug fahre. Maastricht werde Ende dieses Jahres komplett sein. Er - der Bundeskanzler - glaube, daß Dänemark ratifizieren werde; wenn dies geschehe, dann werde - mit großen Schwierigkeiten - auch PM Major sich durchsetzen. Denn er wisse, daß der Zug Ende dieses Jahres weitergehe - wenn nicht zu Zwölft, dann zu Elft. Allerdings werde GB dann in vier bis fünf Jahren zurückkommen müssen.

Der Präsident wirft ein, GB werde in der Zwischenzeit viel verlieren.

Der Bundeskanzler pflichtet bei und verweist auf die anstehenden Beitritte, die bis 1995 vollzogen sein dürften und mit denen die Europäische Gemeinschaft dann 360 Mio. Menschen umfasse.

Auch deshalb - so der Bundeskanzler weiter - sei es wichtig, daß die Nahost-Region zum Frieden komme. Denn er wolle erreichen, diese Region mit Europa zu assoziieren - Israel und Ägypten müßten unbedingt dabei sein. Man müsse ein weit vorausschauendes Konzept haben. Er wolle keine Festung Europa".

Der Präsident unterstreicht, dies sei für Ägypten ein ganz wichtiger Punkt.

Der Bundeskanzler fährt fort, hinsichtlich Rußlands könne er nicht sagen, wie es letztendlich ausgehe. Er glaube, daß Jelzin gewinne, weil er der einzige sei, der die Bevölkerung hinter sich habe. Er unterstütze ihn total - darüber sei er auch mit Präsident Clinton völlig einig. Denn wenn Jelzin scheitere, werde alles viel schlimmer, man falle in alte Zeiten zurück und müsse wieder rüsten. Zwischen Rußland und der Ukraine werde es großen Streit geben.

In den nächsten Wochen werde er versuchen, ein Hilfspaket zusammenzubringen. Dem bevorstehenden Treffen mit Clinton/Jelzin in Vancouver messe er größte Bedeutung bei (Exkurs: Gefahren durch in der früheren SU vaga-bundierende konventionelle und ABC-Waffen). Was die Lage in Deutschland angehe, so sei er ganz zufrieden. Die Einheit sei viel schwieriger als ursprünglich angenommen, man habe wirtschaftliche Probleme - diese aber werde man lösen.

In West-Deutschland - der alten Bundesrepublik - habe man einen Wohlstand erreicht wie nie zuvor. Die Leute seien fett und bequem geworden - und er müsse ihnen jetzt sagen: Wir müssen die Weichen neu stellen!

Aber er sei überzeugt, daß man auch hier vorankomme (Exkurs: Japan-Reise - graue Zellen mehr nutzen).

Der Bundeskanzler kündigt dem Präsidenten die Übergabe eines Non-paper zum Fall Kindesentführung Debes an (das Papier wird dem Mitarbeiter des Präsidenten übergeben). Der Präsident wirft ein, sobald die gerichtliche Entscheidung getroffen sei, werde sie auch durchgeführt.

Abschließend stimmen der Bundeskanzler und der Präsident die Linie für die nachfolgende Begegnung mit der Presse ab.
(Dr. Kaestner)

132742

[\[1\]](#) BArch, B 136/59731, 225-234.

Head of Division 21
Bonn, 31 March 1993

M e m o r a n d u m

Subject: The Chancellor's Meeting with Egyptian President Hosny Mubarak in Bonn on 30 March 1993, 15.30-17.20 hours[\[1\]](#)

After very cordial greetings, the Chancellor queries about the situation in Egypt. The President replies that current press reports and television program were exaggerated. Basically, the problem that was so-called fundamentalists who had been fighting in Afghanistan were now unemployed. Now, Iran would take them over and use them as mercenaries to destabilize various countries.

Both the English as well as the German press would dramatize the scope of these issues. The American assertion that one could no longer be safe on Egypt's streets was also truly exaggerated. Apparently, these things were only put in the foreground as the journalists were no longer used to a peaceful Egypt and some journalists had even confessed this. If there was no press and information freedom in his country, one would perhaps not even notice these issues. (Excursus: Brute oppression of fundamentalism in Syria). But Egypt was not an island which was isolated from the rest of the world.

The President decisively negates the Chancellor's query whether Gaddafi was behind these assaults. Quite to the contrary, Gaddafi himself was also complaining about the fundamentalists as they were also working against his regime. He had already got some people arrested. By the way, Gaddafi had turned into a different kind of human being.

The Chancellor inserts that the President had perhaps laid his hand on Gaddafi.

The President laughingly replies not, he had rather grabbed him at the throat. Now, Gaddafi was obeying one hundred per cent to his advice. He was no longer insulting any heads of states, neither in the USA nor in Europe nor in the Arabian world. By the way, Gaddafi was very concerned about the situation in Egypt. He got cold feet himself.

Upon the Chancellor's query, the President confirms that Syria was also not involved in the assaults. Iran was the main cause. Iran was eager to use Egypt's current period of weakness in the aftermath of its economic transformation (especially social disadvantages for large sectors of the populace, the elimination of subventions and the loss of jobs) in order to destabilize Egypt and to establish an Islamic state not just in Egypt but in the entire region. However, Egypt had to accept these transitory difficulties as there was no other way for its economic recovery over the medium and long term: Excursus: High investments in infrastructure, agreements with the IMF and IFIs). He himself, the President says, keeps telling his nations in a very plastic way: "We are very sick, we will die if we do not use this medicine."

The Chancellor queries about the situation in Iraq. Was there also fundamentalism?

The President thinks that the situation was very bad. However, there was no fundamentalism in Iraq. Any kind of protesters would lose their lives. However, this did not imply that Iraq would not try to influence fundamentalism in other countries from outside. For instance, Egypt had extradited a man for the United States who had presumably been involved in the terrorist attack against the World Trade Center. He had admitted that two Iraqis had been involved as well, namely experts for explosives who had procured the enormous explosive device and had also launched it.

The President used this example as a way to emphasized that such attacks were also pursued by people who were bought in Egypt, criminals, thugs and "unemployed people" from Afghanistan. They were ready to commit murder for 20-30 \$. It could not be said that they had any kind of religious motives. During the last 15 months, there had been 76 deaths in Egypt, among them 3 tourists and 39 police officers. The police thought that the high number of victims was caused by the police's initial efforts to resolve things in dialogue with the Islamists. Meanwhile, one was trying to catch the leading figures of these terrorist groups through targeted measures.

The Chancellor queries who played this game in Iran - Rafsandjani?

The President reiterates that the entire system was behind it. For instance, last year

he had struck an agreement with Foreign Minister Velayati on the resumption of Egypt's diplomatic relationship with Iran. When the fundamentalist leaders in Iran got to know this, they had instantly started to exercise pressure on Velayati who had then tried to scale back the entire thing to the expansion of cultural contacts, a plea which he had rejected.

Upon the Chancellor's query, the President then elaborates on the situation in Saudi Arabia where he had recently had talks with King Fahd. The country had certain problems but a strict regime. There were also fundamentalists, but they were held on a short leash. Iraq and Iran caused problems, especially the latter, but the King was firmly in control of things. He was the leading force, the highest authority in the country. Egypt was closely working with Saudi Arabia, especially in the field of intelligence. Jordan had an enormous fundamentalist problem. Half of Jordan's parliamentary deputies was fundamentalist. However, it was a small country with 2,5 to 3 million inhabitants. One knew each other and also knew that Israel would swallow up Jordan if the King got lost.

Fundamentalism also gained strength among the Palestinians, especially in the shape of Hezbollah and Hamas which had gained a great boost through the deportation affair. The deportees were led and paid by Iran and had even raised the Iranian flag. They were against peace talks and demanded the return of entire Jerusalem.

The Chancellor asks the President for his assessment of future developments especially with regards to the Near East peace process.

The President says the main problem was to make the Palestinian delegation return to the negotiating table. They had physical fear as they were threatened. In fact, one would only be able to continue if the deportees were gone. Yesterday and the day before, he, the President, had given Arafat the pledge that he would use his imminent visit in the United States in order to demand at least slight improvement for the Palestinians. After his return from the United States, he and Prime Minister Rabin would discuss a solution for the problem of the deportees. Israel had already pledged to let 100 deportees go back. In addition, Mubarak wanted to achieve the release of an additional 35 of them. The rest of them ought to return in August and not at the end of the year. If this could be achieved, the Palestinians would return to the bargaining table in Washington. In any case, he was full of hope and thought that one would be able to manage this problem and could thus resume the peace talks on 20 April.

The President emphasizes that he had discussed this solution with President Assad last week. Assad did more or less agree with it.

The Chancellor reports that he had told Foreign Minister Peres that the deportation affair was an absurd matter and had greatly harmed Israel.

Upon the Chancellor's question whether Rabin would "take the leap", the President responds that the latter's situation was not easy, he had opponents as well - the Chancellor inserts: fundamentalists - and could thus not discuss many things in public.

The Chancellor reports that Foreign Minister Peres had approached him with the idea to urbanize the desert as a joint project with the Egyptians. Has this concept already been discussed with Egypt? The Chancellor says that this reminds him of the conception that former Secretary of State George Shultz had raised, the idea of a Marshall Plan for the Near East. It was interesting that Peres raised this notion as this point in time even if he had not referred to the term Marshall Plan. His position remained consistent: Peace was a precondition for such projects.

The President says he thought the idea was excellent, but one indeed needed peace. Otherwise, this would remain a fantastic idea. Without peace, terrorists could come and destroy the entire project. If there was peace, all Arabians would certainly help. After all, there was enough money in the region.

The Chancellor underlines that he had told Foreign Minister Peres if the current Israeli government was again not taking the necessary steps forward, they were wasting time. What are they waiting for? Apparently, the Israelis still thought that time was working in their favor, but he thought that time was working against them.

The President affirms. Egypt had invested enormous work lobbying in order to set in motion the peace talks at all. He had had long discussions with Assad and Arafat. One had tried hard to reach a rapprochement between the positions with regards to

substance. Hence, his disappointment was even larger as these deportations had caused a backlash for the entire process. By and large, he was still hopeful that one could achieve specific results later this year. Egypt was permanently working in this direction.

When the Chancellor expresses his skepticism, the President argues that one must not be pessimistic. Otherwise, one would lose hope and would do nothing.

By the way, both the time and global public opinion were working against Israel. He told the Israelis straight away: You were about to lose out. This was the last train toward peace. Previously, Israel had been dreaming of sitting at the negotiation table with the Palestinians, Syria and the Lebanese. Now, when this was possible, one just said 'no'. With regards to the specific results, Mubarak was full of hope. There were not gigantic problems with Syria. The Golan would be turned back but demilitarized. De fact, there were not any problems with Jordan at all. The main work had to be done with the Palestinians.

Now, he has travelling to Washington via London, the President says in order to consult with Prime Minister Major and President Clinton. He was especially confident to reach consensus with the latter one, but the main key remained in the hands of Prime Minister Rabin (Excursus: Egyptian talks with American-Jewish organizations in order to make them apply pressure on Israel, even the USA had asked him to do this.)

The Chancellor asks whether there was fundamentalism in the military

The President negates this categorically. The military was strictly against it. The was a military man and knew everybody.

Upon the Chancellor's inquiry about the situation in the Maghreb, the President says that Algeria had the largest problems. He had warned former President Chadli Benjedid of fundamentalism as a danger. Now, his prognosis had come true. However, the fundamentalists would not win, the state would finally keep the upper hand after some time. There were also problems in Morocco, especially with regards to widespread rejection of the King who had a hard and strict regime. However, the King had taken the right reaction in response to fundamentalist activities steered by Sudan. He had tried to contain them. By the way, the same also applied to Tunisia.

The President then referred to the joint vocational training project that had been adopted during his last visit in October 1991. There was growing disappointment in Egypt against the backdrop of the initial enthusiasm that they project had caused, but nothing had happened so far. Now, one was determined to push it forward. Under the leadership of the Minister for Education, one had established a committee including the private sector. He was confident that this committed would do good work. Now, one needed German experts in order to organize work.

The Chancellor replied that, according to his knowledge, the expert had already been selected and would come soon. He thought that support in terms of vocational training was the best thing that one could do, it was a German specialty. (The Chancellor issued to signee to approach Federal Minister Spanger with the plea to bring this to a fruitful conclusion).

The President then refers to the project on the reform of elementary and middle school under the leadership of his wife. He also asks for German experts.

The Chancellor suggests that the President ought to write him a letter directly. He would make sure that this would be done instantly. The problem in many countries was that one would devote to much time and money in academic education. However, our prosperity did not primarily depend on this, but it rather relied on a good elementary education. Moreover, social stability was created with academics, but rather at the basis of society. (Excursus: Praise from Thatcher and Clinton for Germany's vocational education system, good experiences by German enterprises in India). By the way, his advice for the President was to turn vocational training into his personal issue, the man on the street would then see that the President was taking care of his issues.

The President then brings up the plea for the opening of an additional German school in Egypt. There was enormous pressure to get accepted at German schools, and many good people had to be rejected. The USA had a university in Cairo. This was an additional reason for Germany to open up an additional school or technical school in

Cairo.

The Chancellor pledges to take care of this issue.

The President queries about the results of the Chancellor's visit in Washington and his assessment of developments in Russia.

The Chancellor reports that President Clinton brought in a new administration including lots of young people who tackled issues directly, many of them with university degrees, less big business, more people of color at the White House. Clinton was speaking to the point, he had very few papers in front of him and he knew his issues precisely. He had done excellent preparatory work and was clearly the boss. He was a politician, very direct, very skilled, he could get on with people. He wanted to abandon America's Yankee image and appear less imperialistic and practice more partnership. Compared to the Bush era, there was no Baker type. The second most important man was Vice President Gore - and this did not just apply to environmental questions. In a nutshell: The President would get along well with Clinton. Currently, the President was primarily focused on domestic politics, on the budget and economic politics. He had already worked very well with Congress in this regard.

In terms of Europe, the Chancellor says, Clinton was less mistrustful. The previous generation of policymakers had called for European integration. But if the Europeans were united, this was never seen as a good thing.

With regards to Europe, the President ought to assume that Europe's train was on track despite critical newspapers reports. One would be able to complete the Maastricht process at the end of the year. He, the Chancellor, thought that Denmark would ratify it. If this happened, Prime Minister Major would also finally prevail regardless of enormous difficulties if he knew the train would continue at the end of the year, if not at twelve, then at eleven. Great Britain would certainly be forced to return in four or five years.

The President inserts that Great Britain would lose a lot in the meantime.

The Chancellor affirms and refers to the forthcoming accessions which would be implemented until 1995. The European Community would then comprise 360 million citizens. From this perspective, it was also important to achieve peace in the Near East. His aim was to establish an association between the region and Europe. It was imperative to include Israel and Egypt. One ought to have a forward-looking concept. He did not want a fortress Europe.

The President reiterates that this was an essential point for Egypt.

The Chancellor continues and says he did not know how things would finally turn out in Russia. He thought that Yeltsin would win as he was the only one who had support among the people. He supported him totally and he and President Clinton were united in this. After all, if Yeltsin failed, everything would be much worse and one would have a relapse into the old times and had to rearm again. There would be big trouble between Russia and Ukraine.

During the next two weeks, he would try to adopt an assistance package. He thought the forthcoming Clinton-Yeltsin meeting in Vancouver was extremely important. (Excursus: Loose conventional and ABC weapons in the former Soviet Union.) In terms of the situation in Germany, he was quite content. Germany's unity had been far more difficult than one had initially thought. One had economic problems but would be able to solve them.

In West Germany, in the old Federal Republic, one had reached a level of prosperity like never before. People had turned fat and comfortable and he had to tell them that one had to take new directions! But he was confident that one would also manage to achieve progress in this respect (Excursus: Japan visit, more investment in grey matter).

The Chancellor announces that the President would receive a non-paper in the child kidnapping case Debes (the paper is handed the President's staffer).

The President inserts that the legal decision would be implemented as soon as it would be taken.

Finally, the Chancellor and the President consult on the line for the subsequent press conference.

(Dr. Kaestner)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59731, 225-234.